

50 Jahre „EUropa“ in Westafrika

Zum Verhältnis europäischer und westafrikanischer Integration

Martin Rempe / Tillmann Schneider

Abstract

Regional Integration outside of Europe is often understood as a story of the deficient adaptation of European concepts and institutions. The background of this perception is the eurocentric idea that Europe is the sole model and yardstick for other integration processes. This view also includes the presumption that the history of European integration was a rather isolated process.

In order to avoid such a eurocentric bias this article applies the concept of 'Entangled Histories' and analyses the histories of European and West African regional integration not as separated but as intertwined processes. Still, those processes are embedded in relations of unequal power. The historical analysis shows that the colonial heritage had a strong influence on both the European as the West African integration projects. The mutual influences are particularly clear with regard to the creation of the Economic Community of West African States (ECOWAS) as the only enduring West African integration project that transcends the colonial boundaries of anglophone and francophone countries. At the same time, the analysis illustrates that the role the EEC played in West African integration processes was decisively shaped by European power politics. Particularly France was able to form the attitude of the European Community in compliance with its own geopolitical interests. These politics hindered a sustainable overcoming of the colonial boundaries in West African integration. Therefore, one can hardly describe the European Community as a promoter of regional integration in West Africa.

Im Sommer 2007 hielt der französische Staatspräsident Nicholas Sarkozy an der Universität von Dakar eine Rede an die afrikanische Jugend, in der er neben recht kontrovers diskutierten Äußerungen zur französischen Kolonialvergangenheit auch Stellung zu seinem Projekt der Mittelmeerunion bezog:

A ceux qui, en Afrique, regardent avec méfiance ce grand projet de l'Union Méditerranéenne que la France a proposé à tous les pays riverains de la Méditerranée, je veux dire que, dans l'esprit de la France, il ne s'agit nullement de mettre à l'écart l'Afrique, qui s'étend au sud du Sahara mais, qu'au contraire, il s'agit de faire de cette Union le pivot de l'Eurafrrique, la première étape du plus grand rêve de paix et de prospérité qu'Européens et Africains sont capables de concevoir ensemble.¹

1 Nicolas Sarkozy, Rede vom 26. 7. 2007 an der Universität Dakar, http://www.elysee.fr/elysee/elysee.fr/francais/interventions/2007/juillet/allocation_a_l_universite_de_dakar.79184.html (zuletzt aufgerufen am 3. 2. 2008).

Zurück in die Zukunft? Sarkozys Eurafrika-Idee ist keineswegs neu. Sie lässt sich zurückverfolgen bis ins Deutsche Reich des späten 19. Jahrhunderts und stand damals für den Glauben an eine natürliche Verbundenheit der beiden Kontinente in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht, die sich unter europäischer Führung entfalten sollte. Seine Blüte erreichte das Konzept im spätkolonialen Frankreich, wo es als ideologische Untermauerung des kolonialen Unternehmens diente.² In den Verhandlungen über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1956/57 versuchte die französische Regierung, mit einer europäisierten Variante der Idee die Partnerländer dazu zu bewegen, eine Assoziierung der verbliebenen Kolonien an den Gemeinsamen Markt mitzutragen – letztlich mit Erfolg. Nahezu alle überseeischen Länder und Hoheitsgebiete der sechs Mitgliedstaaten wurden an die EWG assoziiert.³

Die im Jahre 1975 zur sogenannten Atlantik-Karibik-Pazifik-Partnerschaft ausgeweitete Assoziierung steht ebenso wie die im Juli 2008 gegründete und vorerst sämtlicher eurafrikanischer Träume entkleidete Mittelmeerunion⁴ für eine von zwei Varianten europäischen Wirkens in Afrika seit der Dekolonisation: Die EWG bzw. EU war und ist rechtlich in unterschiedlichen Rahmen mit nahezu allen afrikanischen Ländern verbunden.⁵ Gleichzeitig diente sie aber auch als Projektionsfläche bei der Bildung regionaler Zusammenschlüsse in Afrika. In der gegenwärtigen politischen Diskussion über den Weg von der „europäischen zur globalen Rechtsgemeinschaft“ bilden diese zwei Varianten die wichtigsten Ausgangspunkte und können als Vereinheitlichung durch direkte Einwirkung und Vereinheitlichung durch indirekte Ausstrahlung beschrieben werden.

Ein solches Raster greift jedoch zu kurz, wenn man die Rolle Europas im westafrikanischen Integrationsprozess der letzten 50 Jahre adäquat erfassen möchte. Es birgt darüber hinaus die Gefahr, über altbekannte eurozentristische Fallstricke zu stolpern. Die Eurozentrismus-Kritik wendet sich gegen die weit verbreitete Annahme, dass sich Europa weitgehend losgelöst vom Rest der Welt entwickelte, zugleich aber die Geschichte der restlichen Welt maßgeblich prägte. Nicht selten dient diese Sichtweise als Grundlage für eine Meistererzählung europäischen Sendungsbewusstseins.⁶ Ein flüchtiger Blick in die Gründungsgeschichte der europäischen Integration genügt, um die Kurzsichtigkeit eurozentristischer Perspektiven zu illustrieren: Die Entstehung der europäischen Rechtsgemeinschaft selbst war kein ausschließlich europäisches Werk, sondern kam *auch* auf massives Betreiben der USA zustande. Die USA verfolgten mit ihrer grundsätzlichen Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses eigene sicherheitspolitische Interessen und nahmen damit eine he-

2 Vgl. Mailafia, Europe and Economic Reform in Africa, S. 38 ff.

3 Vgl. Migani, La France et l'Afrique sub-saharienne, S. 46.

4 Vgl. Schwarzer/Werenfels, Formelkompromiss ums Mittelmeer, SWP aktuell A 24 (2008).

5 Eine Ausnahme bildet lediglich die Demokratische Arabische Republik Sahara, die gegenwärtig von der Afrikanischen Union, nicht jedoch von der EU anerkannt ist. Zu den Hintergründen vgl. Ansprenger, Geschichte Afrikas, S. 109.

6 Ein Beispiel jüngerer Datums ist etwa Headley, The Europeanization of the World.

gemoniale Rolle im europäischen Einigungsprozess ein.⁷ Damit sind zwei wesentliche Aspekte benannt, die das Raster direkter Einwirkung und indirekter Ausstrahlung ergänzen müssen: Erstens gilt es, externe *und* interne Faktoren zu berücksichtigen, um zu einer angemessenen Gewichtung zu gelangen. So wie kaum jemand auf die Idee käme, den europäischen Einigungsprozess ausschließlich auf die Rolle der USA zurückzuführen, dürfen bei einer Analyse westafrikanischer Integrationsversuche innerafrikanische Entwicklungen nicht marginalisiert werden. Zweitens vollziehen sich Integrationsprozesse nicht frei von nationalen geopolitischen Interessen. Weit stärker noch als die USA in Europa behauptete Frankreich seine hegemoniale Stellung in Westafrika und prägte damit lange Zeit auch die Assoziierungspolitik der EWG.

Die vorstehenden Überlegungen stützen sich auf das von Shalini Randeria und Sebastian Conrad entwickelte Konzept der „Entangled Histories“, dessen Hauptanliegen darin besteht, eurozentristische Perspektiven zu überwinden. Neben der Berücksichtigung aller Akteure sowie asymmetrischer Machtgefüge fordert dieser Ansatz außerdem, *gegenseitige* Einwirkungen stärker hervorzuheben.⁸ Freilich werden solche Einwirkungen zwangsläufig durch ungleiche Machtverhältnisse geprägt. Dennoch bleiben erhebliche Zweifel an dem Gedanken, dass Europa immerzu die Welt verändert hat, ohne je selbst verändert worden zu sein. Deshalb wird im Folgenden auch der Frage nach afrikanischen Rückwirkungen auf den europäischen Integrationsprozess nachgegangen.

Der Beitrag konzentriert sich überwiegend auf Westafrika, weil die mehrheitlich frankophonen westafrikanischen Staaten aufgrund ihrer Assoziierung von Beginn an Beziehungen zur EWG pflegten, und bereits Anfang der 60er Jahre ein dynamischer, wenn auch nicht geradliniger Integrationsprozess in dieser Region einsetzte.

A. Die Gründung der EWG und die Dekolonisation Westafrikas

Bevor die Rolle Europas für den Integrationsprozess Westafrikas untersucht wird, soll zunächst geklärt werden, welche geopolitische Bedeutung Afrika für die Zusammensetzung und Gründung der EWG zukam. Die verbliebenen großen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich schlugen spätestens nach dem Fiasko der Suez-Kanal-Krise im November 1956 diametral entgegengesetzte Strategien zur Erhaltung ihrer Macht ein: Während Großbritannien seinen Weltmachtanspruch weiterhin auf seinen „Commonwealth of Nations“ stützen wollte und u. a. auch deswegen erst gar nicht an den Verhandlungen über den Gemeinsamen Markt teilnahm, versuchte Frankreich mit der Assoziierung seiner afrikanischen Kolonien an die EWG, das bröckelnde Empire zu stabilisieren. Dass die französische Delegation die Assoziierung als *conditio sine*

7 Grundlegend zur Rolle der USA im europäischen Integrationsprozess Lundestad, Empire by Invitation; Neuss, Geburtshelfer Europas?

8 Vgl. Conrad/Randeria, Geteilte Geschichte, in: Dies. (Hrsg.), Jenseits des Eurozentrismus, 17 ff.

qua non in die Verhandlungen zum EWG-Vertrag einbrachte und dadurch an den Rand des Scheiterns brachte, illustriert die immense Bedeutung, die Frankreich seinen überseeischen Besitzungen in den 50er Jahren noch beimaß.⁹ Im historischen Moment der Gründung der EWG waren die Franzosen noch unschlüssig, in welchem geopolitischen Raum ihre Zukunft liegen sollte. Mit der Assoziierung gelang es ihnen, diese Frage zunächst offen zu lassen.¹⁰

Mit der Gründung der EWG zum 1. Januar 1958 wurden schließlich die Kolonien aller Mitgliedstaaten assoziiert.¹¹ Die französischen Gebiete hatten erst kurz zuvor eine territoriale Neuordnung erfahren: Die großen Verwaltungseinheiten Französisch-Westafrika und Französisch-Äquatorialafrika wurden im Zuge des „Loi Defferre“ aus dem Jahre 1956 entmachtet und Kompetenzen auf die darunter gefassten Territorien übertragen. Sinn und Zweck dieser Maßnahmen waren vielfältig: Erstens kam Frankreich Aufbau und Unterhalt seiner Besitzungen zu teuer. Insbesondere sozialpolitische Kompetenzen wanderten in den Zuständigkeitsbereich der neu gegründeten Territorialregierungen. Zweitens war es – insbesondere vor dem Hintergrund des anhaltenden Algerienkriegs und der Unabhängigkeit Ghanas – zu Zugeständnissen gegenüber den Forderungen der afrikanischen Eliten nach mehr Autonomie gezwungen. Drittens schließlich wollte es sich mit dieser Strategie, die als ‚Balkanisierung‘ vom späteren senegalesischen Präsidenten Senghor heftig kritisiert wurde, auch künftig unverzichtbar für die teilweise kaum überlebensfähigen staatlichen Entitäten machen.¹²

Die Dekolonisierung Französisch-Westafrikas wurde daraufhin von widerstreitenden Vorstellungen über interterritoriale Zusammenschlüsse begleitet. Nach de Gaulles Rückkehr an die Macht im Frühjahr 1958 ließ dieser eine neue Verfassung ausarbeiten. Aus der „Union Française“ wurde nun die „Communauté“, die lediglich das Verhältnis zwischen Frankreich und den einzelnen afrikanischen Territorien regelte, zugleich aber die Möglichkeit innerafrikanischer Föderationen nicht ausschloss.¹³ Der Senegal, der nach der Auflösung Französisch-Westafrikas großes Interesse daran hatte, alte Absatzmärkte in den Nachbarländern zurückzugewinnen, übernahm als erstes Land die Initiative und versuchte, eine politische Vereinigung mit dem Sudan, Obervolta (heute Burkina Faso) und Dahomey (heute Benin) auf die Beine zu stellen. Diese Pläne widersprachen jedoch den Interessen der wirtschaftlich vergleichsweise gut situierten Elfenbeinküste. Deren Regierungschef Félix Houphouët-Boigny

9 Vgl. zu England *Kaiser*, Großbritannien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, S. 45; ausführlich zum Aspekt der Assoziierung in den EWG-Verhandlungen *Moser*, Europäische Integration.

10 Vgl. *Girault*, La France entre l'Europe et l'Afrique in: Serra (Hrsg.), La relance européenne et les traités de Rome, 351 (376). Zur Dekolonisation Französisch-Westafrikas im Allgemeinen *Chafar*, The End of Empire in French West Africa.

11 Neben den französischen Kolonien wurden auch Belgisch-Kongo, Rwanda, Burundi, Italienisch-Somaliland und Niederländisch-Neu-Guinea assoziiert.

12 Vgl. *Cooper*, Colonialism in Question, S. 227 f.; *Brüne*, Die französische Afrikapolitik, S. 56; *Chipman*, French Power in Africa, S. 100.

13 Vgl. *Brüne*, Die französische Afrikapolitik, S. 52 f.

opponierte gegen jegliche politische Zusammenschlüsse, die sich zwischen Frankreich und die afrikanischen Staaten schieben sollten, und wurde in dieser Haltung vorbehaltlos von Paris unterstützt. In einer gemeinsamen Aktion brachten Houphouët-Boigny und die französische Regierung die senegalesischen Pläne zu Fall; lediglich der Senegal und der Sudan vereinigten sich in der sogenannten Maliföderation. Dahomey, Obervolta, Niger und die Elfenbeinküste schlossen sich, unterstützt von Frankreich, kurz darauf zum „Conseil de l'Entente“ zusammen, der auf lose wirtschaftliche Kooperation abzielte. In dieser Konstellation gingen die westafrikanischen Länder ihrer Unabhängigkeit entgegen, die Frankreich im Laufe des Jahres 1960 all seinen afrikanischen Territorien südlich der Sahara gewährte. Die nun souveräne Maliföderation zerbrach jedoch nach wenigen Monaten an nationalistisch aufgeladenen Kompetenzstreitigkeiten; der Sudan übernahm den Namen der Föderation und nannte sich ab August 1960 Mali. Die ‚Balkanisierung‘ Westafrikas war damit abgeschlossen und bildete eine gravierende Hypothek späterer Integrationsversuche. Von Frankreich initiiert, bot die Zerstückelung der Region einheimischen Machthabern die Möglichkeit, ihren Einflussbereich im Zeichen der nationalen Sache auszuweiten.¹⁴

Eine eigenständige Assoziierungspolitik der EWG war zu diesem frühen Zeitpunkt noch nicht zu erkennen. Im Gegenteil waren die Bande zur EWG und die Zugehörigkeit zur französischen Communauté untrennbar miteinander verknüpft, wie das Beispiel Guineas verdeutlichte. Nachdem Guinea als einziges afrikanisches Territorium beim Referendum über die Verfassung der Communauté im September 1958 für die Unabhängigkeit gestimmt hatte, machte de Gaulle seine vorangegangenen Drohungen wahr und verfügte eine radikale Politik der verbrannten Erde; beim Rückzug der französischen Kolonialadministration sollen gar Steckdosen abgeschraubt und mitgenommen worden sein.¹⁵ Zwar sprach sich die EWG-Kommission für einen Verbleib Guineas in der Assoziierung aus – politisch durchsetzbar war dies gegen den Willen Frankreichs jedoch nicht. Die Beziehungen zwischen Guinea und der EWG wurden auf Eis gelegt und Guinea vorübergehend zu einem, wenn auch kleinen, Schauplatz des Kalten Krieges. Auch Bemühungen seitens der EWG-Kommission und der Bundesrepublik, das seit 1957 unabhängige, ehemals britische Ghana zu assoziieren und dadurch aus der kolonialen Logik auszubrechen, verliefen bald im Sande.¹⁶ Die Assoziierung blieb ein Spiegelbild der Besitzungen der EWG-Mitgliedstaaten, und dies auch nach der Unabhängigkeit der meisten assoziierten Länder im Lauf des Jahres 1960, was ihr vom Ostblock ebenso wie von afrikanischen Drittstaaten den Vorwurf des Neokolonialismus einbrachte.¹⁷

14 Vgl. *Mytelka*, A Genealogy of Francophone West and Equatorial African Regional Organisations, J Mod Afr Stud 12 (1974), 297 (299).

15 Vgl. *Marx*, Geschichte Afrikas, S. 259.

16 Vgl. *Moser*, Europäische Integration, S. 457 f.; *Migani*, La France et l'Afrique sub-saharienne, S. 100–102; für die Haltung der Bundesrepublik vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bestand B 20/200, Bd. 120: Aufzeichnung Ref. 307 vom 25. 7. 1958.

17 Vgl. *Ravenhill*, Collective Clientelism, S. 79 f.

B. Unabhängigkeit, Kalter Krieg und erste Integrationsversuche in den 60er Jahren

Nach der Unabhängigkeit äußerten die assoziierten Staaten ihren Willen, der EWG auch weiterhin verbunden zu bleiben. Fast alle bekannten sich dadurch zugleich zum westlichen Lager im Kalten Krieg, welcher längst auch Afrika erfasst hatte. Doch die kolonialen Grenzen und die Fronten des Ost-Westkonflikts blieben nicht vollständig deckungsgleich. Das 1958 aus der Communauté ausgetretene Guinea bildete kurz darauf eine Union mit Ghana, das unter seinem panafrikanistischen Führer Kwame Nkrumah einen afrikanischen Sozialismus propagierte. Diese Union sollte als Nukleus auf dem Weg zu einem panafrikanischen Einheitsstaat dienen. Anfang 1961 stieß auch das frankophone (und assoziierte) Mali in diese Gruppe, die sich nunmehr Casablancagruppe nannte und immer stärker an Moskau orientierte. Im westlichen Lager dagegen spielte die Kolonialvergangenheit weiter eine entscheidende Rolle. Die sog. Brazzaville-Gruppe, die sich im Dezember 1960 unter der Führung Houphouët-Boigny als Gegenentwurf zur Casablancafraktion formierte, vereinte ausschließlich Frankreich-treue Staaten.¹⁸

Die Feindseligkeiten der beiden Gruppen basierten jedoch weniger auf unterschiedlichen systemideologischen Überzeugungen. Sie resultierten vielmehr aus divergenten Bewertungen des Algerienkrieges, der französischen Atomversuche in der Sahara und der Kongokrise. Nach dem algerischen Frieden von Evian im März 1962 und der kurzzeitigen Stabilisierung der Lage im Kongo war der Weg frei für die Gründung der „Organisation für die afrikanische Einheit“ (OAE), einer Art afrikanischer UNO, die von allen unabhängigen afrikanischen Staaten außer Südafrika im Jahre 1963 gegründet wurde. Der fast überall blühende afrikanische Nationalismus spiegelte sich in der Charta der Organisation wider, die den Mitgliedern die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten vorschrieb.¹⁹ Damit wurde zugleich auch ein Trend für weitere Integrationsbemühungen in Afrika gesetzt: Nicht die Überwindung nationaler Souveränität, sondern deren Festigung stand auf der Agenda der jungen afrikanischen Staaten.²⁰

Unterhalb dieser gesamtafrikanischen Entwicklung gelang es in Westafrika nur der Brazzaville-Gruppe, einen dauerhaften regionalen Zusammenschluss zu institutionalisieren. Die französischsprachigen Staaten – mit Ausnahme Guineas, Malis und Togos – einigten sich im März 1961 auf eine „Organisation Africaine et Malgache pour la Coopération Economique“ (OAMCE), die wenige Monate später als Teilorganisation der „Union Africaine et Malgache“ (UAM) gegründet wurde. Die UAM vereinigte neben

18 Vgl. *Mushkat*, Problems of Political and Organizational Unity in Africa, ASR 13 (1970), 265 (271 f.).

19 Vgl. *Migani*, La France et l'Afrique sub-saharienne, S. 168 f.; zum Kongo und Algerien vgl. *Jalloh*, Political Integration in French-Speaking Africa, S. 90 f. *Mushkat*, Problems of Political and Organizational Unity in Africa, ASR 13 (1970), 265 (271–274); zur weiteren Entwicklung der OAU vgl. auch *Ansprenger*, Geschichte Afrikas, S. 109–114.

20 Eine ähnliche Deutung hat auch der europäische Integrationsprozess erfahren, vgl. *Milward*, The European Rescue of the Nation State.

der OAMCE auch Unterorganisationen zu Verteidigungs- und Telekommunikationsfragen. Ihr Hauptziel bestand darin, die Souveränität und Unabhängigkeit der einzelnen Länder zu festigen. Für den Zusammenschluss gab es vielerlei Motive, die je nach Staat variierten: Sicherheitsbedürfnisse, Nostalgie nach regionalem Austausch, wie man ihn aus der Kolonialära kannte, oder auch die Notwendigkeit, Positionen zu internationalen Ereignissen abzustimmen. Die französische Regierung begleitete den Gründungsprozess wohlwollend, nicht zuletzt, weil die UAM Schutz vor dem wirtschaftlich mächtigen Konkurrenten Nigeria versprach.²¹ Entscheidend begünstigt wurde die Gründungsphase der UAM allerdings durch die anstehenden Verhandlungen mit der EWG über ein neues Assoziationsabkommen: Noch vor der eigentlichen Gründung der OAMCE kam es zu einer ersten Sitzung der künftigen Mitgliedstaaten in der Pariser Botschaft Kameruns im April 1961, um über eine gemeinsame Verhandlungsposition zu diskutieren.²² Die Assoziierung war somit ein naheliegender Anlass für die frankophonen Staaten Westafrikas, zwischenstaatliche Kooperation zu institutionalisieren. Gleichwohl wäre es verfehlt, der EWG in diesem Prozess eine aktive oder gar fördernde Rolle zuzuschreiben.

Die Verhandlungen zwischen den assoziierten Staaten und der EWG wurden durch den afrikanischen Zusammenschluss nicht einfacher. Zum einen waren in der OAMCE nicht alle assoziierten Staaten versammelt, zum anderen kam es auch zwischen ihren Mitgliedstaaten häufig zu Dissens, insbesondere zwischen dem Senegal und der Elfenbeinküste, die sich die Führungsrolle streitig machten.²³ Da sich auch die Europäer ohne eine gemeinsame Position an den Verhandlungstisch setzten, kam es erst nach mehr als einem Jahr zu einer Einigung über ein neues Assoziationsabkommen.²⁴

Zusätzlich belastet wurde der Verhandlungsprozess durch den ersten britischen Beitrittsantrag vom August 1961, weil für die außenhandelsrechtliche Behandlung des Commonwealth und insbesondere für die afrikanischen Dominions eine Lösung gefunden werden musste. Ghana und Nigeria waren einer Assoziierung an die EWG stark abgeneigt. So gesehen, tat de Gaulle den beiden Ländern einen Gefallen, als er Anfang 1963 – nicht zufällig *nach* dem Abschluss des Assoziationsabkommens – ein Veto gegen das Beitrittsgesuch Großbritanniens einlegte. Das einseitige und überraschende Vorgehen de Gaulles verärgerte Den Haag so sehr, dass die Unterzeichnung des Abkommens vorübergehend ausgesetzt wurde. Erst nach einer Absichtserklärung des Rates, die besagte, dass die Assoziierung allen unabhängigen afrikanischen Ländern mit ähnlichen wirtschaftlichen Strukturen künftig offen stehen würde, war die niederländische Regierung bereit, das Abkommen in Jaunde zu unterzeichnen.²⁵

Die Absichtserklärung des Rates zeigte Wirkung: 1966 wurde mit Nigeria ein Assoziationsabkommen geschlossen, das allerdings aufgrund des Biafrakrieges im Südosten

21 Vgl. *Migani* La France et l'Afrique sub-saharienne, S. 166 f.

22 Vgl. *Jalloh*, Political Integration in French-Speaking Africa, S. 45, 55.

23 Vgl. *Moser*, Europäische Integration, S. 472 f.

24 Vgl. zu den unterschiedlichen Positionen der einzelnen Länder *Migani*, La France et l'Afrique sub-saharienne, S. 221 ff.; zur Enttäuschung der afrikanischen Staaten ebd. S. 245.

25 Vgl. *Moser*, Europäische Integration, S. 497; *Ludlow*, The European Community, S. 11–17.

Nigerias, der zwischen 1967 und 1970 tobte, nicht ratifiziert wurde. Ferner schloss die EWG 1968 die sogenannte Arusha-Konvention mit Kenia, Uganda und Tansania ab, die 1971 in Kraft trat. Während sich die EWG somit behutsam an eine übergreifende Afrikapolitik wagte und sich dadurch ein Stück weit französischer Dominanz entzog, verlor die UAM nach Abschluss des neuen Abkommens rasch an Bedeutung. Die Gründung der OAE löste innerhalb der UAM eine Grundsatzdiskussion darüber aus, ob regionale politische Zusammenschlüsse mit der OAE-Charta unvereinbar seien. Letztlich setzte sich die Elfenbeinküste durch, die großes Interesse an einer homogenen Regionalgruppe unter ihrer Führung in Westafrika hatte. Aus der UAM wurde die „Organisation Commune Africaine et Malgache“ (OCAM), die sich als genuin politisch verstandener Zusammenschluss verstärkte Solidarität und Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten zur Aufgabe machte. Ihren Zielen konnte sie jedoch nie voll und im Laufe der Zeit immer weniger gerecht werden, weswegen es Anfang der 70er Jahre zu einer Austrittswelle kam und die OCAM schließlich in der Bedeutungslosigkeit versank.²⁶

C. Britischer Beitritt und die Gründung der ECOWAS: Gleichzeitigkeit zweier Integrationsprozesse

Parallel zum Niedergang rein frankophoner Integration kam es Mitte der 60er Jahre zur ersten ernsthaften Initiative, Integration in Westafrika jenseits ehemaliger Kolonialgrenzen zu organisieren. Den Anstoß hierfür gaben bezeichnenderweise nicht Frankreich, Großbritannien oder die EWG, sondern die 1958 ins Leben gerufene „Economic Commission for Africa“ (ECA) der Vereinten Nationen. Auf der Suche nach geeigneten Standortmöglichkeiten für eine Eisen- und Stahlindustrie empfahl sie eine Niederlassung in Liberia, die regional übergreifend genutzt werden sollte. Inspiriert von diesem Bericht, setzte der von einer Kolonialvergangenheit verschont gebliebene Kleinstaat einen Verhandlungsprozess in Gang, der – intensiv begleitet von der ECA – im Mai 1967 in Accra zu einem Beschluss der 14 zu dieser Zeit unabhängigen westafrikanischen Staaten führte, eine Wirtschaftsgemeinschaft zu gründen. Dieser wurde neben den französischsprachigen Staaten auch von Gambia, Nigeria, Ghana sowie Sierra Leone und eben Liberia mit getragen. Der Vertrag kann als Vorentwurf zum Gründungsvertrag der „Economic Community of West African States“ (ECOWAS) angesehen werden. Er wurde allerdings nicht einmal ansatzweise umgesetzt. Ein Jahr später erschienen nur noch neun der 14 Staats- und Regierungschefs zur Konferenz in Monrovia – die frankophonen Staaten Elfenbeinküste, Togo, Benin und Niger sowie Sierra Leone blieben dem Treffen fern. Hintergrund dieses Rückschritts bildete einmal mehr der Biafrakrieg, in dem die Elfenbeinküste die abtrünnige Region Biafra vorbehaltlos un-

26 Vgl. Ranjeva, *La Succession d'Organisations Internationales en Afrique*, S. 39 f. Jalloh, *Political Integration in French-Speaking Africa*, S. 192 f.; Mytelka, *A Genealogy of Francophone West and Equatorial African Regional Organisations*, *J Mod Afr Stud* 12 (1974), 297 (299).

terstützte und sich als Transitland für französische Waffenlieferungen zur Verfügung stellte.²⁷

Erst durch eine gemeinsame Initiative von Nigeria und Togo, das zwar inzwischen mit seinem neuen Führer Eyadema wieder dicht an Frankreich herangerückt war, gleichzeitig aber traditionell enge Beziehungen zu Nigeria führte, wurde der Prozess nach dem Ende des Konflikts wiederbelebt. Beide Länder kamen im Jahre 1972 überein, die „West African Economic Community“ zu gründen, eine Gemeinschaft, in die alle westafrikanischen Staaten einbezogen werden sollten. Dies wurde von zahlreichen diplomatischen Bemühungen Nigerias mit dem Ziel begleitet, die frankophonen Länder für einen übergreifenden Zusammenschluss zu gewinnen. Es sollte jedoch drei weitere Jahre dauern, bis auch die treibenden Kräfte des frankophonen Blocks um den Senegal und die Elfenbeinküste von den Vorteilen eines Zusammenschlusses überzeugt werden konnten.²⁸ Der rasche wirtschaftliche Wiederaufstieg Nigerias nach dem Ende des Biafra-Krieges und dessen Vormachtstellung innerhalb Westafrikas – Nigeria war und ist das bevölkerungsreichste und wirtschaftlich mit Abstand bedeutsamste Land der Region – war beiden Ländern ein Dorn im Auge. Die durch den neuerlichen Aufstieg hervorgerufene Angst, sich dem ‚Giganten‘ Nigeria unterordnen zu müssen, überwog die Aussicht, durch Kooperation und Austausch im Rahmen einer wirtschaftlichen Gemeinschaft selbst zu profitieren.²⁹ Dass dieses Misstrauen von Frankreich geteilt und gestärkt wurde, überrascht nicht, stellte Nigeria doch eine Gefahr für seine eigenen Hegemonialbestrebungen dar. Nicht zuletzt deshalb unterstützte Frankreich massiv einen neuen Anlauf rein frankophoner Integration, der 1973 zur Gründung der „Communauté Economique de l’Afrique de l’Ouest“ (CEAO) führte.³⁰

Im gleichen Jahr erhielt der westafrikanische Integrationsprozess jedoch durch den Beitritt Großbritanniens zur EWG einen entscheidenden Anstoß zur jedenfalls formalen Überwindung der ehemaligen kolonialen Grenzen. Anglo- wie frankophone Länder fanden nämlich gemeinsam auf einer Seite des Verhandlungstisches zusammen, um mit der EWG die Modalitäten der nunmehr um die ehemaligen britischen Kolonien erweiterten Atlantik-Karibik-Pazifik-Partnerschaft auszuhandeln. Nigeria konnte sich bei diesen Verhandlungen, die 1975 zum ersten Lomé-Abkommen führten, als Verfechter afrikanischer Interessen profilieren, wodurch sich das Misstrauen der frankophonen Staaten gegenüber Nigeria etwas verringerte.³¹ Erst dieses Abkommen vereinheitlichte außerdem die wirtschaftlichen Beziehungen der verschiedenen Staaten Westafrikas gegenüber der EWG, sodass die frankophonen Länder einen Beitritt zur ECOWAS nicht

27 Vgl. Gans, *Die ECOWAS, Wirtschaftsintegration in Westafrika*, S. 30; Brüne, *Die französische Afrikapolitik*, S. 79.

28 Vgl. zur Entstehungsgeschichte der ECOWAS Van den Boom, *Regionale Kooperation in Westafrika*, S. 55 ff.

29 Vgl. Van den Boom, *Regionale Kooperation in Westafrika* S. 77 f.; zur nigerianischen Haltung vgl. Aluko, *Essays on Nigerian Foreign Policy*, S. 11–23.

30 Vgl. Bach, *The Politics of West African Economic Co-operation*, *J Mod Afr Stud* 21 (1983), 605 (606).

31 Vgl. Ravenhill, *Collective Clientelism*, S. 85, 96; Aluko, *Essays on Nigerian Foreign Policy*, S. 73–82.

mehr als Gefährdung ihrer Beziehungen zur EWG verstehen mussten.³² So begünstigte der Beitritt Großbritanniens einerseits einen übergreifenden Zusammenschluss in Westafrika. Andererseits blieb jedoch die Trennung in anglophone und frankophone Mitglieder der ECOWAS durch die parallele Existenz der CEAO erhalten. Eben diese Trennung war einer der Gründe für die relative Bedeutungslosigkeit der ECOWAS in den ersten 15 Jahren nach ihrer Gründung. Damit lieferten die Assoziierungsverhandlungen mit der EG einen eher mittelbaren und nicht intendierten Impuls zu einer übergreifenden Kooperation in Westafrika; eine nachhaltige Überwindung der post-kolonialen Spaltung wurde nicht bewirkt.

D. Stillstand

Das übergreifende Ziel der ECOWAS war eine beschleunigte und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, die eine kollektive Selbstversorgung ermöglichen sollte. Dies sollte durch eine Handelsliberalisierung in der gesamten Region und die schrittweise Schaffung eines gemeinsamen Marktes realisiert werden. Zum ersten Mal diente bei einem westafrikanischen Zusammenschluss die EG hinsichtlich der Zielsetzung als Vorbild. Eine darüber hinausgehende politische Kooperation, die gegebenenfalls auch supranationale Elemente und damit eine zumindest teilweise Aufgabe von Souveränität enthalten könnte, wurde nicht angestrebt. Auch auf die Einrichtung eines Parlaments oder eines Gerichtshofes wurde zunächst verzichtet.³³

Bis zum Ende der 80er Jahre führte die ECOWAS jedoch ein Schattendasein und war wenig mehr als ein Forum für regelmäßige Treffen der Staatschefs der Region. Bis 1990 war kein einziges der 21 seit 1978 unterzeichneten Protokolle von sämtlichen Mitgliedsstaaten ratifiziert worden.³⁴ Gleichzeitig war die Finanzlage der ECOWAS von Beginn an desolat, da zahlreiche Mitglieder ihren Beitragsverpflichtungen nicht nachkamen. Vor allem die frankophonen Länder konzentrierten ihre Ressourcen und Anstrengungen lange Zeit auf den Ausbau der CEAO, was den Prozess der Zusammenarbeit und Integration innerhalb der ECOWAS erheblich erschwerte. Die CEAO galt bis in die 90er Jahre als das erfolgreichere Beispiel regionaler Integration in Westafrika, was nicht zuletzt daran lag, dass diese von Frankreich mit erheblichen Subventionen unterstützt wurde.³⁵ Die Rivalität zwischen der CEAO und der ECOWAS war damit einer der Gründe, die die ECOWAS an den Rand der Bedeutungslosigkeit führte. Die finanzielle Hauptlast für die Einrichtung und Unterhaltung der ECOWAS traf dagegen Nigeria. Trotz seiner großen Ölvorkommen wurde dieses jedoch nach der Ölkrise von 1973, insbesondere im Laufe der 80er Jahre, wie kein zweites afrikanisches Land in den

32 Vgl. *Bach*, *The Politics of West African Economic Co-operation*, *J Mod Afr Stud* 21 (1983), 605 (611).

33 Zu den Zielen der ECOWAS nach dem Gründungsvertrag vgl. *Gans*, *Die ECOWAS, Wirtschaftsintegration in Westafrika*, S. 38 ff.

34 Vgl. *ebd.*, S. 205 ff.

35 Vgl. *Mair*, *Regionale Integration und Kooperation in Afrika südlich der Sahara*, SWP-Studie S 15 (2001), vi.

Sog der Verschuldungswelle gezogen.³⁶ Hinzu kam, dass Nigeria durch wiederkehrende Militärputsche innerlich so instabil war, dass es seine anfängliche Rolle als Motor der Integration nicht wahrnehmen konnte.

Auch die EG sah in dieser Zeit in der ECOWAS keinen wichtigen Partner. Obwohl bereits im Jahre 1969 die Unterstützung regionaler Integration mit dem zweiten Abkommen von Jaunde auf die Agenda europäischer Entwicklungszusammenarbeit gelangte,³⁷ führte dies zu keiner nennenswerten Unterstützung der ECOWAS durch die EG. Der Beitritt Großbritanniens änderte an diesem Desinteresse wenig, da es die gemeinschaftliche Entwicklungspolitik von Anfang an für ineffizient hielt.³⁸ Von einer konzertierten europäischen Afrikapolitik konnte angesichts der Aktivitäten Frankreichs in Westafrika und der gleichzeitigen Zurückhaltung der EG also keine Rede sein. Die AKP-Partnerschaft setzte damit über den Wortlaut der Vereinbarungen hinaus keine Impulse zu einer weiteren Integration.

E. Das Ende des Kalten Krieges: Die ECOWAS auf dem Weg zur Partnerin Europas?

Eine Dynamisierung erfuhr der Integrationsprozess der ECOWAS erst aufgrund der veränderten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach dem Ende des Kalten Krieges. Diese Dynamisierung wird unter anderem durch die Demokratisierungswelle, die mit dem Ende des Ost-West-Konflikts auch in Westafrika einherging, ausgelöst.³⁹ Ein entscheidender Anstoß zur engeren Zusammenarbeit war daneben der Bürgerkrieg in Liberia und die Entsendung von Friedenstruppen durch die ECOWAS im Rahmen der „Economic Community of West African States Monitoring Group“ (ECOMOG) im Jahre 1990. Beide Entwicklungen trugen dazu bei, dass der Gründungsvertrag der ECOWAS im Jahre 1993 grundlegend revidiert wurde.

Mit der Revision des Gründungsvertrages wurde eine verstärkte und umfassendere politische Zusammenarbeit und die Einführung institutioneller Neuerungen, vor allem die Einrichtung eines Parlaments und die Schaffung eines eigenständigen Gerichtshofes, vereinbart – Institutionen, bei denen offensichtlich Europa die Schablone lieferte. Erstmals wurde auch eine zumindest teilweise Abgabe nationalstaatlicher Souveränität erwogen.⁴⁰ Die gemeinsame Sicherheitspolitik blieb dabei der wichtigste Bereich neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Angesichts der zahlreichen Krisen in der Region wurden Friedenstruppen in den neunziger Jahren auch nach Sierra Leone und

36 Vgl. die Daten zum Anwachsen der Verschuldung bei *Edo*, *The External Debt Problem in Africa*, *Afr Dev Rev* 14 (2002), 221 (223 f).

37 Vgl. *Ravenhill*, *Collective Clientilism*, S. 57.

38 Vgl. *Bendix*, *Die Entwicklungspolitik Großbritanniens*, S. 69.

39 Vgl. *Van den Boom*, *Die „Economic Community of West African States“*, in: *Nabers/Ufen* (Hrsg.), *Regionale Integration*, 101 ff.

40 Vgl. die Präambel des revidierten Vertrages von 1993, <http://www.comm.ecowas.int> (zuletzt aufgerufen am 18. 12. 2008).

Guinea Bissau entsendet. 2002 entsandte die ECOWAS außerdem Truppen in die Elfenbeinküste, die dort seitdem eine UNO-Mission unterstützen.⁴¹ Die Erfolge dieser Unternehmen, bei denen Nigeria einmal mehr die treibende Kraft war, und die bei weitem nicht durch eine einheitliche Haltung sämtlicher ECOWAS-Mitglieder geprägt waren, sind nicht unumstritten. Beispielsweise war die völkerrechtliche Legitimität des Einsatzes in Liberia zweifelhaft.⁴² Gleichzeitig entwickelte die ECOWAS ihren Krisenpräventionsapparat jedoch – nicht zuletzt wegen der genannten Schwächen – weiter. So wurde im Jahre 1999 ein Mechanismus für Konfliktprävention, -bewältigung und -lösung, Friedenserhaltung und Sicherheit eingerichtet, der die Sicherheitspolitik der ECOWAS entsprechend institutionalisierte.⁴³ Insgesamt bietet die ECOWAS damit den bislang einzigen ernstzunehmenden regionalen Sicherheitsmechanismus in Afrika.

Im Verhältnis zu Europa musste die ECOWAS dagegen zunächst weiterhin die Auswirkungen der reservierten Haltung Frankreichs in Kauf nehmen. Erst zur Jahrtausendwende näherte sich die EU an die ECOWAS an. Diese Annäherung scheint dabei weniger das Produkt einer sich ausbildenden Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu sein. Zwar erhöhte sich der innereuropäische Kohärenzdruck seit Abschluss des Maastricht-Vertrages im Jahre 1992. Für die europäische Zusammenarbeit mit der ECOWAS dürfte aber vornehmlich deren wachsende Bedeutung als sicherheitspolitischer Partner, die sich insbesondere durch ihre militärischen Interventionen herauskristallisiert hatte, eine Rolle gespielt haben. Gleichzeitig hatten sich die engen Bande zwischen Frankreich und seinen Ex-Kolonien seit Mitte der 90er Jahre zunehmend gelockert. In Westafrika wurden die Regierungen insbesondere durch die gleichermaßen einseitige wie drastische Abwertung des Franc CFA durch Frankreich brüskiert. Parallel dazu reduzierte Frankreich seine finanzielle Hilfe für die frankophonen Länder erheblich und näherte sich seinem Konkurrenten Nigeria an. Auch in anderen anglophonen Ländern wie beispielsweise dem nach einer Phase wechselnder Militärdiktaturen demokratisch wie wirtschaftlich wieder auferstandenen Ghana sah Frankreich nunmehr interessante Geschäftspartner. Dies alles führte dazu, dass der Konkurrent der ECOWAS, die zwischenzeitlich in der „Union Economique et Monétaire Ouest-Afrique“ (UEMOA) aufgegangene CEAO, zunehmend an Bedeutung verlor. Als weiterer Beleg für die synchrone Politik Frankreichs und der EU kann gewertet werden, dass der offizielle Dialog zwischen der EU und der ECOWAS auf höchster Ebene erst im Jahre 1998 aufgenommen wurde,⁴⁴ nachdem unter dem damaligen französischen Premierminister Jospin eine Neuausrichtung französischer Westafrikapolitik stattgefunden hatte.⁴⁵ Im Jahre 2000 erfolgte dann – unter

41 Vgl. zu den militärischen Interventionen der ECOWAS: *Gans*, Die ECOWAS, Wirtschaftsintegration in Westafrika, S. 164 ff.

42 Vgl. *Adebajo*, Liberia's Civil War, S. 64 f.

43 Vgl. Protokoll über die Einrichtung eines Mechanismus für Konfliktprävention, -bewältigung und -lösung, Friedenserhaltung und Sicherheit, <http://www.comm.ecowas.int/sec/index.php?id=ap101299&lang=en> (zuletzt aufgerufen am 3. 2. 2009).

44 Vgl. *Nivet*, Security by proxy?, S. 20.

45 Vgl. *Moncrieff*, French Development Aid and the Reforms of 1998–2002, S. 115 f.

französischer Präsidentschaft – das erste Ministertreffen zwischen beiden Gemeinschaften.⁴⁶

Trotz der stärkeren außenpolitischen Wahrnehmung konnte die ECOWAS die in sie gesetzten Hoffnungen bislang jedoch nicht erfüllen. Auch mehr als 30 Jahre nach ihrer Gründung ist die Handelsliberalisierung noch nicht vollendet, der intraregionale Handel kaum gestiegen. Wirtschaftliches Wachstum und nachhaltige Entwicklung machen um die Region weiterhin einen großen Bogen. Mit Ausnahme Ghanas, der Elfenbeinküste und Nigerias gehören sämtliche Mitgliedsstaaten zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt.⁴⁷ Die Gründe für dieses Scheitern sind mannigfaltig: Die nach wie vor nicht vollständig überwundene anglo-frankophone Trennungslinie, die Korruption afrikanischer Eliten, der Widerwille, nationale Souveränität zugunsten integrativer Zusammenarbeit aufzugeben, die Instabilität der über Jahrzehnte von Bürgerkriegen und gewaltsamen Regierungswechseln geprägten Region. Hinzu kommen die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen fast aller Mitgliedsländer und die hiermit verbundene chronische Unterfinanzierung der ECOWAS. Schließlich ist die Region nach wie vor massiv vom Außenhandel mit Industriestaaten abhängig.

F. Fazit

Die Frühgeschichte westafrikanischer Integration nach 1960 ebenso wie die Gründung und Entwicklung der ECOWAS haben deutlich gemacht, dass sich Nationalismus und das Beharren auf die eigene Souveränität negativ auf regionale Integrationsprozesse in Westafrika auswirkten. Nationalismus und die Furcht vor neuerlichem Souveränitätsverlust prägten selbst die Binnenstrukturen des frankophonen Lagers, weswegen auch den frühen Integrationsversuchen der 60er Jahre kein Erfolg beschieden war. Die französische Strategie der ‚Balkanisierung‘ trug zu dieser ungünstigen Ausgangslage ebenso bei wie die desolaten wirtschaftlichen Strukturen der einzelnen Länder, die überwiegend auf dem Export von cash crops basierten. Darüber hinaus darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Nigeria bevölkerungsmäßig wie der Wirtschaftsleistung nach deutlich aus dem Ländergefüge der Region herausstach. Dass die kleinen westafrikanischen Länder relativ lange vor einem Zusammengehen mit Nigeria zurückschreckten, darf insofern nicht nur auf kolonial geprägte Rivalitäten zurückgeführt werden.

Dennoch ist unübersehbar, dass sich auch europäische Einflüsse überwiegend integrationshemmend auswirkten. Die Analyse der französischen Politik in Westafrika hat deutlich gemacht, wie sehr sich koloniale Machtasymmetrien auch nach der Dekolonisation fortsetzten und verfestigten. Die europäische Gemeinschaftspolitik stellte sich dabei insgesamt nicht als eigenständiges Gegengewicht, sondern eher als weiteres Mittel zur Durchsetzung französischer Interessen dar. Zwar wirkte der Beitritt Großbritanniens zur EG und die damit verbundene Assoziierung auch der anglophonen

46 Vgl. *Europäische Union/ECOWAS*, Final Communiqué.

47 Vgl. *United Nations*, List of Least Developed Countries.

Länder als entscheidender Katalysator für einen die ehemaligen kolonialen Grenzen transzendierenden Integrationsprozess der gesamten Region. Dies darf jedoch nicht als Ergebnis einer gezielten europäischen Politik verstanden werden. Die Politik der EG/EU lieferte in der Folgezeit keine weiteren Impulse für eine vertiefte Integration innerhalb der ECOWAS. Ganz im Gegenteil wirkten sich die bevorzugte Unterstützung der CEAO bzw. der UEMOA und die lange währende Nichtbeachtung der ECOWAS eher integrationshemmend aus. Dass die Annäherung der EU an die ECOWAS erst nach einer Neuausrichtung französischer Westafrikapolitik erfolgte, ist ein weiterer Beleg für die relative Deckungsleichheit französischer und gemeinschaftlicher Afrikapolitik.

Der Umstand, dass die EU bei den Verhandlungen um die Europäischen Partnerschaftsabkommen, den heftig umstrittenen Nachfolgern des Abkommens von Cotonou,⁴⁸ mit regionalen Zusammenschlüssen verstärkt kooperieren und diese dadurch stützen will, lässt nicht unbedingt eine nachhaltige Änderung ihrer bisherigen Politik erwarten: Noch im Jahre 2000 plante die EU, zwei separate Abkommen mit der UEMOA einerseits und Ghana und Nigeria andererseits abzuschließen.⁴⁹ Zwar ist die ECOWAS inzwischen alleiniger Verhandlungspartner für Westafrika. Nachdem die Verhandlungen aufgrund des Widerstands der ECOWAS aber nicht zum anvisierten Abschluss gegen Ende des Jahres 2007 geführt hatten, schloss die EU bilaterale Interimsabkommen mit der Elfenbeinküste und Ghana ab.⁵⁰ Es mag wenig überraschen, dass dieses Vorgehen von afrikanischer Seite als Unterminierung der Integrationsbemühungen verstanden wird.⁵¹

Der Blick auf den europäischen Integrationsprozess hat zugleich deutlich gemacht, dass zumindest in der Gründungsphase außereuropäische Besitzungen einerseits das EWG-Projekt an den Rand des Scheiterns brachten und andererseits für Großbritannien ein wesentliches Argument bildeten, zunächst fernzubleiben. Ob diese Entwicklungen nun als Rückwirkungen bezeichnet werden sollten, mag dahingestellt bleiben – wichtiger dürfte die Erkenntnis sein, dass die europäische Rechtsgemeinschaft keine essentialistische Setzung überzeugter Europäer war, sondern sich erst gegen alternative geopolitische Modelle durchsetzen musste. Sarkozys eingangs erwähnter eurafrikanischer Traum illustriert darüber hinaus, dass der Umgang mit Afrika auch gegenwärtig eine große Herausforderung für die Europäische Union darstellt. So bezog der französische Präsident ursprünglich nur die Mittelmeeranrainer in seine Vision ein und hätte dadurch bis zu einem gewissen Grad eine europäische Spaltung in Kauf genommen. Im Vergleich dazu zeigt das Beispiel der ECOWAS angesichts ihrer relativen Erfolge

48 Vgl. zur allgemeinen Problematik der European Partnership Agreements *Wadle*, Auf dem Weg zum EU-Afrika-Gipfel, S. 15.

49 Vgl. *Mair*, Regionale Integration und Kooperation in Afrika südlich der Sahara, SWP-Studie S 15 (2001), vi.

50 In einer Pressemitteilung drückt die Europäische Kommission widersprüchlicherweise zugleich ihre Selbstverpflichtung zur Unterstützung regionaler Integration aus, vgl. *Europäische Kommission*, European Commission agrees interim EPA with Ghana.

51 Vgl. die entsprechende Kritik von Ghanas ausgehendem Präsidenten John Kufuor bei der Eröffnung des 6. AKP-Gipfels in Accra, *Kufuor*, Welcome Speech.

im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, dass Integrationsprozesse verschiedene Wege kennen – nicht nur einen europäischen.

Literatur

- Adebajo, Adekeye*, Liberia's Civil War: Nigeria, ECOMOG, and Regional Security in West Africa, Boulder 2002.
- Aluko, Olajide*, Essays on Nigerian Foreign Policy, London 1981.
- Ansprenger, Franz*, Geschichte Afrikas, 3. Auflage, München 2007.
- Auswärtiges Amt*, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bestand B 20/200, Bd. 120, Aufzeichnung Ref. 307 vom 25. 7. 1958.
- Bach, Daniel*, The Politics of West African Economic Co-operation: C.E.A.O. and E.C.O.W.A.S, in: Journal of Modern African Studies 21:4 (1983), 605–623.
- Bendix, Paul*, Die Entwicklungspolitik Großbritanniens, Berlin 1986.
- Brüne, Stefan*, Die französische Afrikapolitik: Hegemonialinteressen und Entwicklungsanspruch, Baden-Baden 1995.
- Chafetz, Tony*, The End of Empire in French West Africa: France's Successful Decolonization?, Oxford 2002.
- Chipman, John*, French power in Africa, Oxford 1989.
- Conrad, Sebastian und Shalini Randeria*, Geteilte Geschichte: Europa in einer postkolonialen Welt, in: Dies. (Hrsg.), Jenseits des Eurozentrismus: Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt a. M. 2002, S. 9–49.
- Cooper, Frederick*, Colonialism in Question: Theory, Knowledge, History, London 2005.
- Edo, Samson*, The External Debt Problem in Africa: A Comparative Study of Nigeria and Morocco, in: African Development Review 14:2 (2002), S. 221–236.
- Europäische Kommission*, European Commission agrees interim EPA with Ghana, Presseerklärung vom 13. 9. 2007, online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/regions/acp/pr131207_en.htm.
- Europäische Union und ECOWAS*, Final Communiqué, Ministerial Meeting, 16 October 2000, 12309/00, Abuja 2000, online verfügbar unter http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/en/er/12309.en0.html.
- Gans, Christiane*, Die ECOWAS: Wirtschaftsintegration in Westafrika, Frankfurt a. M. 2006.
- Girault, René*, La France entre l'Europe et l'Afrique, in: Serra, Enrico (Hrsg.), La relance européenne et les traités de Rome: actes du Colloque de Rome, 25–28 mars 1987, Brüssel 1989, S. 351–378.
- Headley, John M.*, The Europeanization of the World: On the Origins of Human Rights and Democracy, Princeton 2008.
- Jalloh, Abdul A.*, Political Integration in French-Speaking Africa, Berkeley 1973.
- Kaiser, Wolfram*, Großbritannien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1955–1961: Von Messina nach Canossa (= Studien zur internationalen Geschichte 2), Berlin 1996.
- Kufuor, John A.*, Welcome Speech, Opening Ceremony of the 6th ACP Summit, 2. Oktober 2008, Accra 2008, online verfügbar unter <http://www.acpsummit-accra.org/message/kuffouropening.pdf>.
- Ludlow, Piers N.*, The European Community and the Crises of the 1960s: Negotiating the Gaullist Change, London 2006.
- Lundestad, Geir*, Empire by Invitation: The United States and European Integration, 1945–1997, Oxford 1998.

- Mailafia, Obadiah*, Europe and Economic Reform in Africa: Structural Adjustment and Economic Diplomacy (= Routledge Studies in Development Economics 9), London 1997.
- Mair, Stefan*, Economic Community of West African States (ECOWAS): Regionale Integration und Kooperation in Afrika südlich der Sahara, Teil II, SWP-Studie S 15, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2001.
- Marx, Christoph*, Geschichte Afrikas: Von 1800 bis zur Gegenwart, Paderborn 2004.
- Migani, Guia*, La France et l'Afrique sub-saharienne 1957–1963: Histoire d'une décolonisation entre idéaux eurafricains et politique de puissance, Brüssel 2008.
- Milward, Alan S.*, The European Rescue of the Nation State, London 1992.
- Moncrieff, Richard*, French development aid and the reforms of 1998–2002, University of Southampton, School of Humanities, PhD Thesis 2004, online verfügbar unter: http://eprints.soton.ac.uk/46178/01/Richard_Moncrieff_Thesis.pdf (zuletzt aufgerufen am 18. 12. 2008).
- Moser, Thomas*, Europäische Integration, Dekolonisation, Eurafrika: Eine historische Analyse über Entstehungsbedingungen der Eurafrikanischen Gemeinschaft von der Weltwirtschaftskrise bis zum Jaunde-Vertrag, 1929–1963 (= Nomos Universitätschriften Geschichte 10), Baden-Baden 2000.
- Mushkat, Marion*, Problems of Political and Organizational Unity in Africa, in: African Studies Review 13:2 (1970), S. 265 ff.
- Mytelka, Lynn K.*, A Genealogy of Francophone West and Equatorial African Regional Organisations, in: Journal of Modern African Studies 12:2 (1974), S. 297–320.
- Neuss, Beate*, Geburtshelfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozess 1945–1958, Baden-Baden 2000.
- Nivet, Bastien*, Security by proxy? The EU and (sub-)regional Organisations: The case of ECOWAS, EUISS, Paris 2006.
- Ranjewa, Raymond*, La Succession d'Organisations Internationales en Afrique, Paris 1978.
- Ravenhill, John*, Collective Clientelism: The Lomé Conventions and North-South Relations, New York 1985.
- Sarkozy, Nicolas*, Rede vom 26. 7. 2007 an der Universität Dakar, online verfügbar unter: http://www.elysee.fr/elysee/elysee.fr/francais/interventions/2007/juillet/allocation_a_l_universite_de_dakar.79184.html (zuletzt aufgerufen am 3. 2. 2008).
- Schwarzer, Daniela und Isabelle Werenjels*, Formelkompromiss ums Mittelmeer, SWP aktuell A 24, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2008, online verfügbar unter http://www.swp-berlin.org/produkte/swp_aktuell_detail.php?id=8929 (zuletzt aufgerufen am 18. 12. 2008).
- United Nations Office of the High Representative for the Least Developed Countries, Landlocked Developing Countries and Small Island Developing States*, List of Least Developed Countries, online verfügbar unter: <http://www.un.org/special-rep/ohrls/lcdc/list.htm>.
- Van den Boom, Dirk*, Regionale Kooperation in Westafrika: Politik und Probleme der ECOWAS, Hamburg 1996.
- Ders.*, Die „Economic Community of West African States“: Regionale Integration unter schlechten Rahmenbedingungen, in: Nabers, Dirk und Andreas Ufen (Hrsg.), Regionale Integration: Neue Dynamiken in Afrika, Asien und Lateinamerika, Hamburg 2005, S. 95–114.
- Wadle, Sebastian*, Auf dem Weg zum EU-Afrika-Gipfel, online verfügbar unter http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4404 (zuletzt aufgerufen am 18. 12. 2008).